Ergebnisse der Plenartagung des Zentralkomitees des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD – Mai 2010

Weltwirtschaftskrise
Die Krise steuert auf den Höhepunkt zu
Das Gesamtkapital greift die Arbeiter und die Völker aufs Schärfste an

Die von der Sozialdemokratie und insbesondere den Gewerkschaftsführern verbreitete Behauptung, die Weltwirtschaftskrise sei weitgehend vorbei und es gehe jetzt lediglich darum, „die ausufernden Finanzmärkte an die Leine zu legen“ ist vollkommen falsch. Die schärfsten Angriffe auf Arbeit und Leben der Arbeiterklasse, Einschnitte tief ins Fleisch und bis auf die Knochen, stehen noch bevor. Sie werden nicht mehr nur vom Einzelkapital, sie werden hauptsächlich vom Gesamtkapital und seinem geschäftsführenden Ausschuß, der Regierung ausgehen und werden längst geplant.

Darüber müssen die Arbeiter aufgeklärt werden. Die Agitation und Propaganda darf dabei keinesfalls stehen bleiben bei der Warnung vor den heraufziehenden „Grausamkeiten“, die der sterbende Kapitalismus an den Arbeitern und den Völkern zu begehen gezwungen ist. Sie muß nachweisen, wie nahe gerade deswegen der Sozialismus ist. Wie in dem Blut, das der Imperialismus zu vergießen bereit ist und in dem Gestank nach Fäulnis, den er ausströmt, die neue Welt steckt, in der der Arbeiter für die gesamte Gesellschaft die Kontrolle über Produktion und Verteilung übernimmt. Daß nur der von den Arbeitern aufgestellte Plan eine Welt ohne Weltwirtschaftskrisen, Ausbeutung, Verelendung und Krieg herstellen kann.

Denn die Schärfe der bevorstehenden Angriffe des Monopolkapitals und seines Staates rührt nicht nur, und nicht einmal in erster Linie aus dem Verlauf der weltweiten zyklischen Krise. Sie kommt aus der tiefen Fäulnis der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer allgemeinen Krise, auf der Unfähigkeit des Imperialismus am Vorabend der proletarischen Revolution, mit rein ökonomischen Mitteln Krisen zu überwinden. Das wäre nur möglich, könnte der Kapitalismus sich trotz Krisen insgesamt noch auf aufsteigender Linie entwickeln. Genau dies aber kann er nicht mehr.

Wer dem Arbeiter das verschweigt, wer die Arbeiter jetzt nicht organisiert, den Kampf dagegen aufzunehmen, wer ihnen jetzt nicht reinen Wein einschenkt und ihnen zeigt, wie die Fäulnis des Kapitalismus die Frage „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“ zur Tagesfrage macht, der ist ein Verbrecher an der Arbeiterklasse.

Zunächst aber einige Fakten zum aktuellen Verlauf des Krisenzyklus.

Zur aktuellen Entwicklung der Krise

Nach wie vor findet kein Aufschwung statt. In den meisten der imperialistischen Länder liegt die Kurve der Industrieproduktion unter oder etwa bei der entsprechenden Bewegung der Jahre 1929 und folgende. (Siehe Anhang zu diesen „Ergebnissen der Plenartagung des Zentralkomitees.) Ausnahmen sind die USA und die BRD. Der Anstieg der Weltindustrieproduktion kommt zum einen von diesen beiden imperialistischen Ökonomien plus China, wo der Staatskapitalismus riesige Infrastrukturinvestitionen tätigt, die er aus seinen Außenhandelsüberschüssen finanziert, wo aber – wie berichtet – bereits wieder große Überproduktion im Gang ist (Stahl).

BRD und annektierte DDR: Der leichte Anstieg der Produktion kommt von einer zeitweisen Auffüllung der Lager, vor allem aber vom Kampf der Kapitalistenverbände um die Neuaufteilung der Welt, also in erster Linie vom Export.

Siehe die Automobilindustrie, wo im 1. Quartal 2010 47% mehr Fahrzeuge exportiert wurden als im Vorjahreszeitraum, während im März der Inlandsabsatz im Vergleich zum März 2009 um 27% gesunken ist. (Handelsblatt, 12.4., FAZ, 5.5.) Die Industrieproduktion insgesamt aber liegt immer noch um 20% unter dem Höchststand vor der Krise, bei Investitionsgütern 25% darunter. (FAZ 29.4.10) Dabei ist die Kapazitätsauslastung in der Industrie nach wie vor

schlecht: Durchschnitt der vergangenen Jahre 83%, kurz vor der Krise 90%, im 1. Quartal 2010 zwischen 70 und 75% (Handelsblatt, 12.4.10, FAZ 26.5.10).
Die Lage der Erwerbslosen verschlechtert sich weiter: Im März ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 2% auf 970.000 gestiegen. Ebenso im März waren 6,6 Millionen auf Hartz IV angewiesen, 0,9% mehr als im Februar und 2,7% mehr als im Vorjahr. (FAZ, 1.4.10)
Der deutsche Imperialismus mustert weiter Hunderttausende aus der Armee der in der Industrie Beschäftigten aus: *„4,9 Millionen Menschen waren Ende März 2010 in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes tätig. Das waren nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts (Destatis) 4,3% weniger als im März 2009.... Stärker als im Durchschnitt verringerte sich die Beschäftigtenzahl in den Bereichen Maschinenbau (-5,4%), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (-5,9%) sowie Herstellung von Metallerzeugnissen (-7,7%).“* (Handelsblatt, 20.5.10)
Wo eingestellt wird, geschieht es unter weiterer Lohndrückerei. So sind, wo überhaupt eingestellt wird, die Eingestellten vor allem wieder Leiharbeiter, deren durchschnittlicher Bruttolohn bei 1300 Euro gegenüber 1750 Euro Durchschnittslohn liegt. (FAZ, 8.4.10)
Die deutsche Monopolbourgeoisie bleibt also nur dann mit die mächtigste und stärkste imperialistische Macht weltweit, wenn sie die westdeutsche Arbeiterklasse ausplündert bis aufs Mark, den Arbeitslohn senkt bis auf das Niveau kleiner Nationalbourgeoisien, der Arbeiter für seine Arbeit nicht nur noch 20 Minuten bezahlt bekommt, sondern langsam nur noch 10, daß seine Mehrarbeit, die er in der Weltwirtschaftskrise leistet, ihn immer weniger zu ernähren weiß. Was selbstverständlich bedeutet, daß die Waren, die er produziert, nicht das Volk in Westdeutschland zur Befriedigung seiner Bedürfnisse erhält. Daß die Arbeiterklasse, wie insbesondere ihr noch gewerkschaftlich organisierter Teil dies nicht erkennt, ist geschuldet der jahrzehntelangen bürgerlichen Beeinflussung der Arbeiterbewegung durch den Sozialdemokratismus, der nicht nur die gewerkschaftlich organisierte Kraft per Zahlen geschwächt hat, der die gewerkschaftliche Organisation in den Betrieben, vor allem in den Metall- und Großbetrieben innerhalb der Belegschaft geschwächt hat; sondern der jahrzehntelange Einfluß auf die klassenbewußtesten Teile der Gewerkschaften führte auch dazu, daß ein eigenständiges Handeln dieser Vertrauensleute und anderer gewerkschaftlicher Mitglieder 40 Jahre zurückliegt, daß ihr eigenständiges Handeln zuletzt Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts stattgefunden hat. Sie sind also völlig entwöhnt, gegen den Sozialdemokratismus in der gewerkschaftlichen Führung Kämpfe zu führen. Unmut, der bei ihnen vorherrscht, reicht dazu noch nicht aus. Die Arbeiterklasse wird immer mehr zu dem, was Lenin sagt, nämlich zur Masse, und eine Masse ist außerstande, eigenständig zu handeln, ob gegen den Krieg oder eine Weltwirtschaftskrise. So lang auch der Weg sein wird – es gibt keinen anderen als die revolutionäre Opposition, die klassenspezifische Opposition zu formieren und in Kampfhandlungen zu bewegen. Nur das kann den Stillstand in der Arbeiterklasse, ihre Passivität überwinden. Wie dringend dies ist, zeigen weitere Tatsachen:
Die Industrieproduktion in der BRD und der annektierten DDR ist im März 2010 gegen den März 2009 um 12,3% gestiegen, aber der Einzelhandelsumsatz im Inland, also der Verkauf der Produktion an die „eigene“ Bevölkerung ist um 1,6% gefallen. (Wirtschaftswoche 21/10)
Was bedeuten solche Zahlen? Sie bedeuten: Die in der Krise noch Beschäftigten schuften und schuften – aber ihr Lebensstandard fällt immer weiter. In einem der höchstentwickelten imperialistischen Länder leben die Arbeiter mehr und mehr auf dem Niveau der Arbeiter in relativ schwach entwickelten imperialistischen Ländern wie Portugal. Die Arbeiter schuften für den Export ihrer Herren. Sie stellen ihren Kapitalisten Warenberge hin, von denen sie nichts zu sehen und zu konsumieren bekommen. Die deutschen Kapitalisten überschwemmen den Kontinent mit ihren Waren und sie können das konkurrenzlos billig. Die niedrigen Löhne, die die Arbeiter in der BRD und der annektierten DDR hinnehmen, sind die Waffe, mit denen

ihre Herren die Fabriken der imperialistischen Konkurrenten in Schutt und Asche legen. „Made in Germany“ heißt: hergestellt in einem Billiglohnland.[1] Das Geheimnis hinter dem „deutschen Exportwunder“ in der Krise ist das jahrzehntelange Wirken des Sozialdemokratismus in der westdeutschen Arbeiterklasse und in der Zerschlagung der DDR! Wir müssen den Arbeiter lehren, und er muß es verstehen lernen, daß die Niedriglöhne, die ihm die Bourgeoisie noch freiwillig überläßt, nicht nur ihn verarmen und treffen und seine Arbeitsplätze im Kapitalismus noch schneller ruinieren, sondern daß die Arbeiterklasse, ob sie will oder nicht, damit den anderen Arbeiterklassen in den anderen Ländern ihre Kämpfe für mehr Lohn und Arbeitsplätze vernichtet. Daß die Arbeiter anderer Länder Kämpfe um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze nicht nur gegen ihre eigene Nationalbourgeoisie führen, sondern gegen den deutschen Imperialismus, was immer mehr gepaart wird mit einer Klassenwut auf die untätige Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Die westdeutsche Arbeiterklasse steht damit in der Gefahr, sich auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie zu schlagen – durch ihr Nichtstun. War die Arbeiterklasse viele Jahrzehnte Nutznießer, daß sie unterworfen war vom deutschen Imperialismus, der die anderen Völker der Welt ausplünderte, so ist sie heute eine Arbeiterklasse wie jede andere auch, die keinen Nutzen davon hat, sondern ganz im Gegenteil den Schaden, daß sie von einem der stärksten Imperialisten der Welt unterworfen ist. Und dies nicht nur dadurch, daß die Weltwirtschaftskrise dem deutschen Imperialismus zur ungeheuren Schwäche gerät, nicht nur dadurch, daß das Wucherkapital des deutschen Imperialismus die Völker der Welt mit Zins und Zins zu tilgen haben und dadurch die Widersprüche der dortigen Arbeiterklassen, ob in Griechenland, Portugal, Spanien, Irland zwangsweise hervorrufen, nicht nur gegen den deutschen Imperialismus. Sondern daß dadurch der Schaden für den proletarischen Internationalismus zunimmt. Die westdeutsche Arbeiterklasse wie insbesondere ihre organisiertesten Teile müssen die schärfsten Gegner sein, daß das deutsche Kapital die Völker Griechenlands, Portugals, Spaniens, Irlands etc mit Wucherzinsen überzieht, die den Lebensstandard dieser Arbeiterklassen und Völker restlos ruinieren und daß ihre Widerstandsmaßnahmen und Kämpfe und Streiks immer Kämpfe und Streiks sind gegen zwei Bourgeoisieklassen, nämlich ihre ureigenste und die dahinter stehende mächtige deutsche Bourgeoisie. Es ist aber Aufgabe der westdeutschen Gewerkschaften und der Arbeiterklasse, den Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu führen und die Ausplünderung durch Zins und Zinseszins der anderen Völker zu unterbinden. Denn der hiesige Arbeiter gewinnt nur, wenn seine eigene Bourgeoisie nicht in der Lage ist, den Wucherzins aus anderen Völkern zu pressen. Die Arbeiter können keine andere Ansicht haben als die der Ruinierung und Schwächung des deutschen Imperialismus. Was bedeutet: Wir sind schärfste Gegner der Kreditpakte, die der deutsche Imperialismus zur Ausplünderung anderer Völker schmiedet. Dieser Kampf bedeutet zugleich: Nur dann, wenn wir diese Forderung erheben und dafür eintreten, werden die Arbeiter nicht nur objektiv, sondern endlich wieder subjektiv ein Teil der internationalen Arbeiterklasse. Nur so gehandelt, werden sie Teil des proletarischen Internationalismus, wird jeder Sieg der griechischen Arbeiterklasse und anderer gegen die Wucherzinsen und die Zerschlagung der letzten Produktionsstätten in ihren Ländern ein Gewinn für die westdeutsche Arbeiterklasse. Diese zum Sozialdemokratismus konträre Meinung muß Gegenstand der Erörterung innerhalb der Arbeiterklasse in viel größerem Umfange werden wie bis zur Stunde. Die Solidaritätsadressen für den griechischen Widerstand der Arbeiter und des Volkes, oder

---

[1] Ein sehr hoher Anteil des Exports der deutschen Monopole geht mit über 12% in die sogenannten Krisenländer Portugal, Italien, Irland, Spanien und Griechenland – mehr als nach Brasilien, Rußland, China und Indien zusammen. (Wirtschaftswoche, 20/2010) Der deutsche Imperialismus gehört damit zu den drei Euro-Ländern, die einen Leistungsbilanzüberschuß, also vor allem einen Außenhandelsüberschuß aufweisen, nämlich 175 Milliarden Dollar, daneben noch die Niederlande 40 Milliarden und Österreich 10 Milliarden. Alle anderen 13 Euroländer haben ein Leistungsbilanzdefizit von zusammen 300 Mrd. Dollar. (Der schwedische Ökonom de Vylder im Interview mit German Foreign Policy, 12.5.10) Das heißt: Sie verschulden sich tendenziell immer mehr beim deutschen Imperialismus.

anderer Länder, werden nur dann zur Solidarität, wenn in den Beschlüssen und Anträgen, die wir in viel größerem Umfang organisieren müssen wie bis zur Stunde, eine klare Verneinung gegen das Eintreiben von Wucherzins durch unsere eigene Bourgeoisie drinsteht; wenn wir eintreten für: Keinerlei Sparmaßnahmen auf Kosten des Volkes in anderen Ländern! Keine weitere Kreditvergabe zur Eintreibung noch größerer Monopol-Wucherkredite durch die deutsche Regierung in anderen Ländern! Keine einzige Sparmaßnahme im eigenen Land, die die Masse des Volkes und die eigene Arbeiterklasse trifft! Wir müssen den Arbeiter lehren, daß es nur eine Grundhaltung gibt: Die deutsche Bourgeoisie soll zugrunde gehen. Keine Wucherzinsen gegenüber anderen Völkern. Keine Zerschlagung des Erkämpften in anderen Völkern durch sogenannte Sparpakete. Das ist der Anfang, das ist der Kampf gegen den sozialdemokratischen Nationalismus in unserer Klasse, z.B. gegenüber Griechenland. Das schafft Voraussetzungen, daß sich die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik auf die Seite der Arbeiterklassen Europas stellt. Und das ist auch ein weiterer Baustein zur eigenen Organisierung zu Abwehrkämpfen gegen die deutsche Bourgeoisie und ihre Ruinierung des gesamten Volkes in der Weltwirtschaftskrise und mit den kommenden Einschnitten im Sozialbereich.[2]

Der deutsche Imperialismus und die Staatsverschuldung

Die Auswirkungen der Staatsverschuldung auf die Völker der EU-Zone und ihre Abwehrkämpfe

Vorab ein interessanter Vergleich, den die FAZ vom 22.5.10 bei der Verabschiedung des Euro-Rettungspakets im Bundestag anstellte: *„Die SPD tat sich am Freitag* (Verabschiedung des „Euro-Rettungspakets“ im Bundestag) *nicht zum ersten Mal schwer damit, Kredite mit weitreichenden Folgen zu billigen. Auch im Sommer 1914 rang sie mit sich, wollte aber ‚in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich' lassen.“* (Kommentar der FAZ, 22.5.10) Die Bourgeoisie weiß also einigermaßen genau, daß das Ganze etwas mit Krieg zu tun hat. Daß das Ganze nichts mit „europäischer Solidarität“, aber viel mit dem „Vaterland“, sprich mit den Maximalprofiten des deutschen Monopolkapitals und seinen europäischen Herrschaftsplänen zu tun hat. Und ebenso: daß sie sich ihrer sozialen Hauptstütze Sozialdemokratie noch sicher sein kann, daß diese Hauptstütze noch „funktioniert“.

Das Handeln der Bundesregierung in der sogenannten „Eurokrise“[3], ihre Politik, die ganz offen vom Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Josef Ackermann gemacht und vorangetrieben wird, ist der letzte Akt ökonomischer Ausplünderung durch den deutschen Imperialismus, ein Akt, in dem Ökonomie bereits umschlägt ins Außerökonomische, in politische Unterdrückung, ein Akt, der als letztes Wort Eroberung und Krieg kennt.

Das Panier dieses Handelns ist der „Kampf gegen die ausufernde Staatsverschuldung“.

Die Staatsschuld ist keine Besonderheit Griechenlands und all der anderen Staaten, die jetzt deswegen unter besondere Kuratel gestellt werden sollen bis hin zur endgültigen Preisgabe ihrer nationalen Souveränität. So sehr die Staatsverschuldung bzw. ihre stetige Ausweitung ein Kennzeichen der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist, ist sie ein immanenter Bestandteil der Weltwirtschaftskrise, und nicht nur dies. Sie ist Ausdruck davon, daß der Verlauf der Weltwirtschaftskrise in seinem Zyklus an einem Punkt angekommen ist, wo die Weltwirtschaftskrise auf den Höhepunkt zutreibt. Die Besonderheit der Weltwirtschaftskrise, daß die Staatsschulden, im besonderen in kleinen, schwachen Nationalstaaten in Westeuropa ganze Staaten, also die ganze kapitalistische Gesellschaft an den Ruin heranführt, ist der Ungleichzeitigkeit der europäischen Staaten, die zwangsweise in der EU vereinigt sind,

---

[2] Siehe hierzu auch die Flugschrift „Klassenkampf statt Weltkrieg“ und die vom ZK zum 1. Mai herausgebrachte Broschüre „Welt-Wirtschaftskrise – Der Imperialismus am Vorabend der proletarischen Revolution“.

[3] „Sogenannt“ deswegen, weil es sich im Wesen natürlich nicht um eine Krise des Euro, sondern um eine der kapitalistischen Produktionsweise handelt, die sich unter anderem in einer Krise der Währungen manifestiert.

geschuldet. Die Länder Griechenland, Portugal, oder aber auch Spanien und Irland sind aus jeweils verschiedenen historischen Gründen sehr schwache Nationalstaaten des Kapitalismus. Dies drückt sich auch aus, daß die Arbeiterklassen in diesen Ländern, so bestimmend sie im Kampf sind, zahlenmäßig viel geringer sind als in der BRD. Griechenland hat eine kämpferische Arbeiterklasse, aber die Schwäche in ihr liegt darin, daß sie zahlenmäßig gegenüber der Bauernschaft, den Fischern und den Beschäftigten in Staatsebenen gering ist. Die Ursache ist die geringe industrielle Entwicklung der Produktivkräfte. Die Arbeiterklasse Griechenlands bzw. ihre organisierten Teile (die gewerkschaftliche Organisation PAME oder die Kommunisten der KKE) haben aus diesem Grund in viel größerem Maße die gewaltige Aufgabe, nicht nur die Arbeiter, sondern große Teile des Volkes, der kleinen Bauern, der im Staats beschäftigten städtischen Bevölkerung wie die Fischer in die Front des Kampfes gegen die Ausplünderung der Staatskassen durch den deutschen Imperialismus und seinen Helfershelfer, die griechische Bourgeoisie zu führen. Es ist diese Schwäche der industriellen Ökonomie, die diese Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien, Irland zum Opfer des Wucherstaates deutscher Imperialismus gemacht hat. In der höchsten Phase der Weltwirtschaftskrise versuchen die Deutsche Bank und Konsorten mit ihren Staatsgehilfen Merkel und Konsorten, den Wucherzins, den sie diesen Ländern abverlangt, noch einzutreiben, bis zu dem Punkt, wo diese Völker und Länder entweder durch ihre Arbeiterklassen oder die Volksbewegung gezwungen werden, den Wucherzins auszusetzen, das Diktat der Sparpakete des deutschen Imperialismus zu negieren und fallenzulassen; oder die dortigen Bourgeoisien versuchen sich zu retten gegen den deutschen Imperialismus und ebenso wieder auf Kosten der Völker (ob Spanien, Portugal oder Griechenland etc.), indem sie der europäischen Gemeinsamwährung Adieu sagen, erneut eine Nationalwährung einsetzen, um somit das einzige Mittel in die Hand zu bekommen, wie kapitalistische Staaten sich entschulden, nämlich die Inflation.

Die Krise der gesamten Produktionsweise besteht darin, daß – ganz allgemein gesagt – der Kapitalismus sich auf Grund des Problems der Märkte, der äußersten Zuspitzung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zwischen der Tendenz zur unbeschränkten Ausdehnung der Produktion und der relativ dazu immer mehr verfallenden Konsumtionskraft der gesamten Gesellschaft nicht mehr auf aufsteigender Linie bewegen kann.

Die lebendige Arbeit verliert immer mehr ihre Eigenschaft, ein Mittel zur Vermehrung der aufgehäuften Arbeit zu sein. Denn ein immer geringerer Teil des aus dem Arbeiter herausgepreßten Werts wird zu neuen Produktionsmitteln, zu neuem produktivem Reichtum der Gesellschaft. Es ist dies eine besonders scharfe Form dessen, was Lenin so beschrieben hat, daß gewisse Grundeigenschaften des Kapitalismus in ihr Gegenteil umzuschlagen beginnen. Und es ist eine der Formen, in der der Kapitalismus im Imperialismus den Sozialismus, also den Kommunismus vorbereitet und zur gebieterischen Notwendigkeit macht.[4] Denn die lebendige Arbeit, die der Kapitalismus nicht mehr zu verwenden weiß, ist das „Kapital“ der Gesellschaft der Zukunft, der Arbeiter, die damit sehr wohl umzugehen wüßten, wäre sie aus der Zwangsjacke des Kapitals befreit. Wäre ihre gesellschaftliche Verwendung nicht mehr davon abhängig, ob aus jedem Brocken Erz, aus jedem medizinischen Gerät, aus jeder Tonne Stahl Maximalprofit zu schlagen sei. Würde die Entwicklung der Fortbewegung der Menschen nicht länger durch die engen Schranken der Kapitalverwertung gefesselt an die Herstellung eines längst überholten Produkts Automobil. Usw. usf. Von der vergangenen Arbeit aber, von den Maschinen, die er hergestellt, den Fabriken, die er gebaut hat, den Naturkräften, die er mehr und mehr für sich arbeiten läßt,

---

[4] *„In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, München 2004, S. 55)*

könnte der Arbeiter dann niemals zu viel haben. Dazu aber darf er nicht Lohnarbeiter bleiben. Dazu müssen die Arbeiter sich zu Herren der Geschichte machen.
Was bedeutet das Geschilderte auf der Ebene der Zirkulation, des Geldes? Es bedeutet, daß das Geld zunehmend seine wichtigste Funktion im Kapitalismus, nämlich potentiell Kapital zu sein, verliert. Mehrwert wird aus dem Arbeiter herausgeholt, er wird sogar realisiert – aber er liegt in Form von Geld vor, das in der allgemeinen Krise des Kapitalismus nur mehr in geringstem Umfang zur Akkumulation, zur Ausweitung der Produktion verwendet werden kann. Es ist aber kapitalistisches Geld, Geld der Kapitalisten, d.h.: es muß zu mehr Geld werden.
Wie kann es das – zeitweilig?
Es wird zum Mittel des verzweifelten Versuchs, den relativen Niedergang der Produktion zu kompensieren.
Es wird zum Kredit, nicht auf künftige Produktion, sondern erst einmal auf künftige Konsumtion. Kredit an die eigenen Unterdrückten.[5] Kredit an ganze Länder, damit die wiederum Waren beim Kreditgeber kaufen können. (Griechenland: Bau der Athener U-Bahn, des neuen Athener Flughafens, Ausrichtung der Olympischen Spiele – alles zu Nutz und Frommen bundesdeutscher Konzerne; dazu die 4,3% des Bruttoinlandsprodukts, die Griechenland für Waffenkäufe vor allem beim deutschen Imperialismus ausgibt.[6])
Es wird zum fiktiven Kapital, vor allem in der Form der Staatsschuld. Fiktives Kapital deswegen, weil es nicht in der Produktion, sondern in der Konsumtion eingesetzt wird. Es „verwertet“ sich nicht, indem Arbeiter in der Produktion ausgebeutet werden, sondern als Schuldtitel auf künftige Staatseinnahmen, sprich die Steuerauspressung aus den Unterdrückten. Die Kommunistische Partei Griechenlands hat völlig recht: Die Staatsschuld ist kein griechisches Problem – alle imperialistischen und kapitalistischen Staaten haben eine gigantische Staatsschuld aufgehäuft, auch der deutsche Imperialismus.[7] Allein die Staaten Europas werden 2010 knapp 1,5 Billionen Euro Schulden aufnehmen, der Anteil der Schulden am sogenannten Bruttoinlandsprodukt wird in den meisten Industriestaaten die 100% übersteigen – *„ein in Friedenszeiten einmaliger Vorgang“*. (Handelsblatt, 9.4.10)
All das hat die letzten Jahrzehnte bereits stattgefunden.[8] Und immer mal wieder stellte sich heraus, daß solches fiktives Kapital entwertet werden mußte – wegen der Armut der Massen in den Ländern, in die es geströmt ist, wegen der Armut der Massen in den imperialistischen Ländern selbst, aber auch wegen der Unmöglichkeit für nationale Bourgeoisien, genügend Mehrwert auszupressen und auf dem Weltmarkt zu realisieren, um dieses fiktive Kapital zu bedienen: siehe die Zahlungseinstellungen Argentiniens 1982, 1989, 2002 und 2004, die Zahlungseinstellung Rußlands 1998 etc. Die US-amerikanische „Savings and Loans“-Krise zwischen 1986 und 1995, die 153 Milliarden Dollar kostete.[9]

---

[5] Nur als ein Beispiel: *„Ende 2006 beliefen sich die Schulden der amerikanischen Eigenheimbesitzer auf eine Summe, die 98 Prozent des BIP gleichkam, während es vor 50 Jahren noch 38 Prozent waren.“* (Niall Ferguson: Die Aufstieg des Geldes, Berlin 2009, S. 207)
[6] *„Jährlich gibt Athen schätzungsweise drei bis vier Milliarden Euro für Waffenimporte aus – ein für die Größe des Landes irrwitziger Betrag. Größter Profiteur sind deutsche Waffenschmieden, die allein zwischen 2004 und 2008 rund ein Drittel der griechischen Wehrimporte lieferten. ... Ein Paradebeispiel für solche Geschäfte ist der Verkauf von 170 Panzern, die Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bis vor kurzem an die Griechen lieferte. Dafür sollte das Unternehmen 1,7 Milliarden Euro erhalten.“* (Spiegel 19/2010)
[7] *„Rechnet man die Schattenhaushalte und –lasten vom Erblastentilgungsfonds bis zu den ungedeckten Renten- und Pensionsverpflichtungen hinzu, dann schnellt die deutsche Staatsverschuldung von offiziellen rund 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts rasch auf 300 Prozent hinauf – bei erlaubten 60 Prozent.“* (Wirtschaftswoche 20/2010)
[8] Zwischen 1975 und 1982 vervierfachten sich die lateinamerikanischen Auslandsschulden von 75 Milliarden auf 315 Milliarden Dollar. (Niall Ferguson, Der Aufstieg des Geldes, Berlin 2009, S. 273)
[9] Damals brachen schon einmal in den USA Hunderte von Banken und Sparkassen zusammen, weil die Werktätigen ihre Hypotheken und Kredite nicht mehr tilgen konnten. Die Entwertung dieses zinstragenden

Auf Grundlage der allgemeinen Krise und bei der Phase, in der sich die Weltwirtschaftskrise jetzt befindet, nämlich im Zustand und in der vorletzten Zuspitzung, nämlich der Finanzkrise, sind Steuererhöhungen, die das gesamte Volk treffen (also die Mehrwertsteuererhöhungen) wie die kommende Inflation, nämlich die Entwertung des Gesparten des Volkes durch Inflation, der letzte Teil des Zyklus einer Weltwirtschaftskrise. Darin ist eingebettet, daß gerade in den letzten Jahren weder die Mehrwertauspressung in der Produktion noch die Auspressung der Völker durch fiktives Kapital mehr ausreichte, den gerade dadurch gewonnenen Reichtum in Form von Geld noch weiter zu vermehren. Es trat ein, was das ZK 1998 zur Einführung des Euro gesagt hat: Der Kredit muß den Kredit retten.[10] Immer neue Formen werden „erdacht", in denen Kreditgeld geschaffen wurde, um den alten Kredit zu verzinsen. Das ist kurz gesagt das Wesen hinter den Erscheinungsformen, den Derivaten, den „Credit Default Swaps", den diversen Hedge-Fonds-Modellen etc., die kaum einer mehr versteht. (Was die kleinbürgerlichen Kritiker des Kapitalismus nicht daran hindert, genau diesen Irrsinn für den Grund der Krise zu erklären und dem Arbeiter einzureden, wenn nur eben dieser Irrsinn aufhörte, würde der Kapitalismus wieder „vernünftig". Dann würde er „sein Geld wieder in der Produktion anlegen" usw. Als käme der „Irrsinn der Finanzmärkte" nicht gerade daher, daß die kapitalistische Produktion und die Verwertung von Kapital durch die Produktion immer weniger funktioniert in der allgemeinen Krise.)

Der Kapitalismus in seinem allerletzten Stadium entwickelt nicht mehr die Produktivkräfte, „als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde"[11]. Er schöpft Kredit, als gebe es keine Grenze der Zahlungsfähigkeit der Welt.[12] Das ist es, was auf der Oberfläche als Spekulation erscheint. Es ist die Logik eines sterbenden Systems, das alle Bedingungen entwickelt hat, damit, wie oben aus dem Kommunistischen Manifest zitiert, „die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel (ist), um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern." Das aber als Ausbeutergesellschaft diese Bedingungen nicht zur Wirklichkeit machen kann und eher zerstört, als sich selbst auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen.

Freilich stellen sich die engen Grenzen der Zahlungsfähigkeit der Welt heraus, und der Auslöser ist die Krise. Sie stellt die Unfähigkeit der Welt, die Kredite zu verzinsen und zu tilgen, in besonders scharfer Weise heraus, weil sie eine Weltwirtschaftskrise ist, sprich: ausnahmslos alle Schuldner erfaßt.

Die Krise vernichtet und entwertet also fiktives Kapital, und sie vernichtet Kredit.

Was ist jetzt der Euro-Stabilisierungspakt?

Seine Zusammensetzung ist bekannt: 220 Mrd. Euro neuen Kredit soll der Internationale Währungsfonds (IWF) beisteuern, 60 Mrd. der EU-Haushalt, 440 Milliarden kommen aus einer gesamteuropäischen Zweckgesellschaft, für die die Staaten entsprechend ihrer Anteile an der Europäischen Zentralbank (EZB) haften.[13] Er beinhaltet also u.a. Kreditgarantien durch

---

Kapitals traf in erster Linie US-amerikanische Rentner, deren Rücklagen und Pensionskassenvon dieser Entwertung von zinstragendem Kapital aufgefressen wurden.

[10] Der Beschluß des Zentralkomitees ist abgedruckt in der Broschüre: Welt-Wirtschaftskrise – Der Imperialismus am Vorabend der proletarischen Revolution. Dokumente der Plenartagungen des Zentralkomitees Oktober 2008 bis Dezember 2009. München 2010, S. 108ff.

[11] Karl Marx, Das Kapital Bd. III, S. 501

[12] *„Heute entsprechen die Bankpassiva der größten Wirtschaften der Welt rund 150 Prozent des gemeinsamen BIP dieser Länder."* (Niall Ferguson: Die Aufstieg des Geldes, Berlin 2009, S. 58)

[13] Im Einzelnen (in Milliarden Euro):

Deutschland	122,8
Frankreich	92,3
Italien	81,0
Spanien	53,9
Niederlande	25,9
Belgien	15,7
Österreich	12,6

die EU-Staaten, die im Zweifelsfall durch weitere Staatskredit-Aufnahme, durch weiteres fiktives Kapital abgedeckt werden. Man sieht schon: noch einmal soll der Kredit den Kredit retten. Hier ist der Versuch, die Entwertung des fiktiven Kapitals von den Kommandozentralen des Finanzkapitals fernzuhalten und auf die Arbeiter, die Völker inklusive der nationalen Bourgeoisien der schwächeren kapitalistischen Länder abzuwälzen.
Wodurch?
Den Banken werden eigentlich wegen Überschuldung der Schuldner wertlose Papiere zum vollen Preis abgekauft. Das erhöht die Staatsschulden der imperialistischen Länder weiter. Und es garantiert dem Finanzkapital der Deutschen Bank, der Commerzbank ihren „Profit". Die imperialistischen Staatsapparate garantieren den Großbanken des Finanzkapitals die Beitreibung der Schulden.[14] Sie übernehmen die direkte Kontrolle über die Schuldentilgung bis hin zur nahezu völligen Preisgabe der staatlichen Souveränität schwächerer kapitalistischer Länder.
Nicht das Finanzkapital verlängert den Kredit an Griechenland, Portugal, Spanien etc – er wird auf die Arbeiterklassen und das Kleinbürgertum der imperialistischen Länder überwälzt. Das Finanzkapital denkt gar nicht daran, irgend etwas zu verlängern oder zusätzliche Kredite auf eigenes Risiko zu gewähren. Es hockt auf seinem Geld. Die Einlagen europäischer Banken bei der EZB erreichten Ende der ersten Maiwoche 290 Mrd. Euro, den höchsten Stand seit 10 Monaten. (FAZ, 10.5.10)[15]
Weiter: Die Hauptwaffe zur vollständigen Beraubung der eigenen Völker wird geschärft bzw. vorbereitet: Die Inflation. Die Entwertung des Gesparten des Volkes, das in der Tat Papiergeld ist, aber die darin enthaltenen Arbeitsstunden dokumentiert, trifft ausschließlich die Arbeiterklasse und das Volk. Wie in den vorausgegangenen Inflationen der frühen 20er Jahre wie bei der sogenannten Währungsreform nach 1945, die der Arbeiterklasse wie dem gesamten Volk schon einmal den letzten Notgroschen durch die Inflation oder Währungsumstellung enteignete, ist also die Inflation eine weitere Bereicherung der Monopolbourgeoisie. Die Inflation selbst trifft die Bourgeoisie nicht. Die Bourgeoisie ist da durchaus offen, was das für das Volk heißt. Z.B. der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, den die FAZ zitiert: *„Auch in diesem Fall* (nämlich wenn die von den Zentralbanken aufgekauften Wertpapiere ausfallen und die Staaten für die Verluste aufkommen müßten, und dazu Geld drucken) *würden die Kosten des Zahlungsausfalls überwälzt. Bei diesem Ausgang würde der Entzug von Kaufkraft allerdings nicht in Form von Steuern, sondern durch den Kaufkraftschwund der Währung vollzogen."* (FAZ, 21.5.10)
Ohne daß wir den Zeitpunkt oder die genaue konkrete Form, in der die Inflationierung des Geldes vor sich gehen wird, vorhersagen können – sie wird unweigerlich eintreten. Denn nach wie vor ist das Zentrale des Kapitalismus nicht das Geld, und schon gar nicht die verschiedensten Formen des Kreditgelds, sondern die Ware und der Wert. Trifft aber die aufgeblähte Menge des geschaffenen und geschöpften Geldes auf eine gleichbleibende oder

---

Portugal	11,4
Finnland	8,1
Irland	7,2
Slowakei	4,5
Slowenien	2,1
Luxemburg	1,1
Zypern	0,9
Malta	0,4

FAZ, 11.5.10

[14] Entsprechend die euphorische Reaktion der Bankaktien am 10.5.: *„Der Aktienindex der Banken im Euro-Raum stieg um 19 Prozent. Einige Titel wie Société Générale, BBVA und Allied Irish legten 20 bis 25 Prozent zu.... Der Aktienkurs der Deutschen Bank stieg um 11 Prozent."* (FAZ, 11.5.10) Entsprechend sanken die Risikoprämien bei Forderungen gegenüber Banken: Bei der Deutschen Bank um 21%. (FAZ, 11.5.10)

[15] "Du kannst den Bankier werfen, wie du willst. Er fällt immer auf dein Geld." (Kurt Tucholsky 1927)

gar sinkende Warenmenge, weil die Krise den „Genies der Finanzmachenschaften“ (Lenin) diese kapitalistische Wahrheit einbläut - dann findet unweigerlich eine Preissteigerung statt, die eine wirkliche Inflation ist. Erste Anzeichen dafür gibt es, z.B. im Preisanstieg bei Rohstoffen.[16]

Wie werden nun durch die Inflation „die Kosten des Zahlungsausfalls überwälzt“, wie der Herr Chefökonom so fein formuliert? Und auf wen?

Zunächst auf die Arbeiter, die ihren Lohn ja nicht in Wert, sondern in Wertzeichen erhalten, die bei Auszahlung immer weniger den Wert der Arbeitskraft ersetzen, während die Kapitalisten am Ende des Produktionsprozesses mit Werten in der Hand dastehen. Der bürgerliche Glaube, daß Verträge zwischen der Bourgeoisie und Gewerkschaften, und somit der Arbeiterklasse, irgendeinen Bestand hätten oder die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schützen würde, wird ohne langes Zutun von der Gewerkschaftsseite ein wohlverdientes Ende bekommen. Denn ein Tarifvertrag lautet ja nicht auf Brötchen oder Wurst oder Benzin. Er lautet auf Euro, auf Dollar oder Pfund. Die Tarifverträge, gegen die Revolution von der deutschen Bourgeoisie erfunden, wird die Weltwirtschaftskrise in ihrem letzten kommenden Stadium der Inflation blanke Makulatur werden lassen. Die bürgerliche Gesetzlichkeit wird aufgehoben. Der Arbeiter kämpft jeden Tag gegen die Inflation, gegen die Entwertung seines Tageslohnes, oder der Bäcker verkauft kein Brot mehr. Und wenn doch noch, dann gegen Unsummen. In Inflationszeiten muß die Klasse im Grunde jeden Tag um ihren Arbeitslohn neu kämpfen.

Dann auf die kleine und mittlere Bourgeoisie, die keine Chance zur Monopolpreisbildung hat, teilweise mit langfristigen Verträgen an die Monopole gekettet ist, keinerlei Hilfe vom ideellen Gesamtkapitalisten zu erwarten hat[17] und somit bei jedem Kapitalumschlag verliert. Denn was sie beim Verkauf ihrer Produkte an Geld erhält, reicht nicht hin, im nächsten Kapitalumschlag den Verschleiß des fixen und das zirkulierende Kapital zu ersetzen. Weil sie keine Monopolpreisaufschläge machen kann, zahlt sie letzten Endes drauf, kann die Produktion nicht im selben Umfang aufrechterhalten, geht in den Konkurs.

Schließlich auf das Kleinbürgertum, das seine letzten Ersparnisse als Rentiers verliert. Denn diese Ersparnisse liegen ja selbst wieder nur in Geld (Bargeld und Kontoguthaben) oder in Wertpapieren vor, mit denen es sich bei einer massenhaften Entwertung solcher Papiere allenfalls noch die Wohnung tapezieren kann.

So wird das Finanzkapital versuchen, die Entwertung des Kredits und des fiktiven Kapitals auf das Volk abzuwälzen. Es weiß natürlich, daß es entwertet werden wird. Deshalb die Gelassenheit von Ackermann: Notfalls halt ein geordneter Konkurs für Länder wie Griechenland. Durch den Pakt vom 9.5. hat das deutsche Finanzkapital sowieso sein Risiko minimiert. Selbst wenn das deutsche Finanzkapital seinen Anteil an den Kosten des Pakts selbst tragen müßte, käme es glimpflich weg. Die deutschen Großbanken haben an Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Irland insgesamt 562,7 Mrd. Euro verliehen, an die Staaten des Euroraums insgesamt 1298,4 Milliarden.[18] Der Beitrag des deutschen Imperialismus zum „Rettungspaket“ beträgt aber nur 122,8 Mrd. Euro. 10% Abschreibung in einer Weltwirtschaftskrise – da wäre man noch gut dabei. Aber, wie gesagt, nicht einmal diese 10% gedenken die Ackermann und Co. zu bezahlen. Sie nehmen das Volk in Regreß.

Dieser „Pakt“ wird die Widersprüche des sterbenden Kapitalismus enorm zuspitzen:

---

[16] Entwicklung ausgewählter Rohstoffpreise seit einem Jahr

Palladium	Kupfer	Alumin.	Silber	Rohöl	Gold	Zucker	Mais	Weizen
+129,1%	+61,4%	+48,5%	+42,2%	+36,5%	+27,6%	+18,5%	-17,0%	-20,0%

(FAZ, 16.4.10)

[17] Daß es sich alle Vorstellungen auf Steuererleichterungen abschminken kann, hat ihm das Monopolkapital gerade von der CDU ausrichten lassen.

[18] Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik April 2010

Den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in den kapitalistischen Ländern, aus besagten Gründen: Weil die Sterbekosten des Kapitalismus auf die Arbeiter und das Volk abgewälzt werden.
Den Widerspruch zwischen den großen imperialistischen Ländern und den schwächeren kapitalistischen Ländern, weil er die Aushöhlung der staatlichen und territorialen Souveränität dieser Länder vorantreibt, die Bourgeoisien dieser Länder in scharfe Klassenkonflikte zwingt und die Gefahr der Aufhebung der bürgerlichen Demokratie zur Erzwingung der imperialistischen Maßnahmen verschärft.
Den Widerspruch zwischen dem Finanzkapital und den Völkern der schwächeren Länder, weil die komplette Ausplünderung in Ländern wie Griechenland, Spanien etc. den Kampf der Völker unvermeidlich hervorruft bis hin zum bewaffneten Einschreiten der Gläubiger gegen die Schuldnerländer zur Niederschlagung von Aufständen.
Damit vor allem auch die Widersprüche zwischen den großen imperialistischen Ländern selbst. Denn es wird sich herausstellen, daß ein scharfer Kampf um die verbliebenen Reichtümer der schwächeren Länder entsteht, und militärisches Eingreifen der einen imperialistischen Macht eine sofortige Reaktion der anderen hervorrufen muß (Polen, wo ein heftiger Kampf der Imperialisten um die Beherrschung des Landes stattfindet, wenngleich der deutsche Imperialismus die Nase vorn hat! Aber auch Griechenland, um das sich das deutsche Finanzkapital vor allem mit dem italienischen Finanzkapital heftig streiten wird müssen.)
Um das Problem der Imperialisten zu verdeutlichen: Wenn die Banken des deutschen Imperialismus allein nach Griechenland 45 Milliarden Euro verliehen haben (FAZ, 24.4.10) und jetzt „ihr Geld wiederhaben wollen“, dann müssen sie aus jedem griechischen Bürger, vom Säugling bis zum Greis 45.000 Euro herauspressen. Und mit diesem edlen Vorhaben stehen sie ja nicht allein. Wollten dies alle ausländischen Banken tun, bei denen das Land verschuldet ist, müßte jeder Grieche 236.000 Euro an sie abführen. Daß das nicht geht, schon gar nicht ohne gegen den Widerstand der Völker die Welt an allen Ecken und Enden anzuzünden – das zeigt selbst dieses kleine Beispiel Griechenland. Deswegen ist der eingangs zitierte Vergleich der FAZ mit dem Jahr 1914 so abwegig nicht. Was am 9.5. beschlossen wurde ist ein Heranrücken an den Krieg gegen die eigenen wie fremde Völker, aber auch an den Krieg unter den Imperialisten selbst.

Zur Rolle des deutschen Imperialismus

Sowohl als größter Geldverleiher der Welt als auch als größter Nettoexporteur Europas (ja fast als einziger Nettoexporteur – siehe oben) profitiert der deutsche Imperialismus am meisten von dem „Pakt“. Er hat das Risiko der Vernichtung des fiktiven Kapitals auf ganz Europa abgewälzt. Er hat am meisten Interesse daran, alle Instrumente in die Hand zu bekommen, die Wirtschaft und die Finanzen der europäischen Staaten zu kontrollieren und sich Schuldtitel auf die wirklichen Werte der Länder zu besorgen. Er hat den Pakt hinausgezögert, bis diese schärfsten Eingriffe in die Souveränität europäischer Staaten möglich und durchsetzbar waren.[19] (Der Vorwurf der Zögerlichkeit an Frau Brüning bzw. die Vorstellung, man habe den Pakt bis nach den Landtagswahlen in NRW hinausgezögert ist falsch.)
Zwingend steht vor der Arbeiterklasse die Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeit, die vergangene Arbeit zu einem Mittel der Beförderung und Bereicherung des Lebens der Arbeiter zu machen. Tut die Arbeiterklasse das nicht, wird noch einmal vergangene Arbeit in gewaltigem Umfang vernichtet (vor allem durch Inflation und Krieg) und Millionen Proleten und Milliarden Menschen auf der ganzen Welt dazu.
Der Preis dafür, diesen historisch möglichen wie notwendigen Kampf nicht aufzunehmen, ist ein ungeheurer. Durch die vom Gesamtkapital mittels seines Staates längst vorbereiteten Angriffe auf die Sozialkassen, das Gesundheitswesen, durch die Erhöhung der vor allem vom

[19] Äußerst scharfe Formulierungen dazu finden sich in einem Papier von Jörg Asmussen an diverse Staatssekretäre vom 17. Mai 2010

Volk bezahlten Steuern (Verbrauchssteuern, indirekte Steuern, Mehrwertsteuer), während das Finanzkapital die Steuerzahlungen nahezu eingestellt hat[20], vor allem aber durch die unweigerlich einsetzende Inflation wird die Arbeiterklasse verlieren, was sie sich in den letzten 65 Jahren gesichert zu haben glaubte. Kein Vertrag, den sie fest und treu glaubte, mit dem Monopolkapital geschlossen zu haben, wird halten. Keine Riesterrente, kein Krankenhaus, kein Sparstrumpf für die übelsten Zeiten mehr. Die Arbeiterklasse wird pauperisiert. Das Land verarmt die eigene Zukunft, wenn Forschung, Entwicklung, Studium und Ausbildung im Glutofen der Weltwirtschaftskrise eingeschmolzen werden zur Rettung des fiktiven Kapitals und des Kreditgelds der Reichen. Große Teile der Zwischenschichten, die für ein oder zwei Generationen dachten, der Proletarisierung zu entgehen, werden ihr unterworfen. Und, in der allgemeinen Krise der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr aufgesogen durch die kapitalistischen Fabriken, werden viele von ihnen zum Lumpenproletariat, käuflich für alle Arten reaktionärer Umtriebe.
Die Revolution wird nicht leichter – sie wird schwerer.
Die zentrale Aufgabe ist es, dem Sozialdemokratismus, dem bürgerlichen Denken in der Gewerkschaft gegen die Gewerkschaftsleitungen, die sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen haben, den Kampf anzusagen. Was hindert den Arbeiter wirklich, gegen die Weltwirtschaftskrise im eigenen Land und weltweit zu kämpfen? Es ist, was wir Kommunisten jahrzehntelang sagen und in unserem Programm festgehalten haben, die immer noch vorhandene Stärke des Sozialdemokratismus in der Massenorganisation Gewerkschaft. Daß die Arbeiterbewegung so gering selbst gewerkschaftlich organisiert ist, ihren niedrigsten Grad in ihrer Geschichte angenommen hat, ist dem bürgerlichen Denken des Sozialdemokratismus und seinem Wirken in den Gewerkschaften geschuldet. Jeden Schritt, den wir in der Einheitsfrontpolitik – ob berechnet auf einzelne Betriebe oder auf die Bundesrepublik wie durch die Bildung des Arbeits- und Koordinationsausschusses ... usw – weiter vorangehen, umso schärfer wird nicht nur unsere Gegnerschaft, sondern auch die parteiloser Arbeiter zum Sozialdemokratismus. Jede Demonstration, ob in einer Stadt, erst recht jeder Streik, muß erzwungen werden gegen den Widerstand des Sozialdemokratismus. Die Bremer überbetriebliche Aktionseinheit hat es nicht nur bewiesen, sondern auch dick zu spüren bekommen. Und es ist keine Bremer Besonderheit, sondern eine bundesrepublikanische Tatsache, daß die Sozialdemokratie gerade dann, wenn das ganze kapitalistische System am Schwanken ist, und die Zerstörung für Millionen und Abermillionen sichtbar wird, in der Gewerkschaftsführung einen immer noch sehr treuen Vasallen an ihrer Seite stehen hat, der gegen jeden Aufruf zum Streik und zur Demonstration gegen die Weltwirtschaftskrise und gegen die Zerschlagung sozialer Errungenschaften der Bourgeoisie das Leben erleichtert und sie schützt. Die Aufgabe von uns Kommunisten ist, den Arbeitern und insbesondere den aktiveren Teilen innerhalb der Gewerkschaften dabei zu helfen, ihren Widerstand gegen die Blockade innerhalb der Gewerkschaften zu verstärken. Indem unsere Bemühungen wir verstärken müssen und umfassender organisieren, daß Stellungnahmen, Anträge oder Beschlüsse in den VKs verabschiedet werden, die den Schuldigen an der Weltwirtschaftskrise in all seinen Facetten zum Thema machen. Daß die Tätigkeit von Bremen, von Daimler und Beck, von uns auch in anderen Betrieben in viel größerem Maße versucht wird zu organisieren als bis zur Stunde. Wie die revolutionäre Opposition bei Daimler oder die Vertrauensleute von Beck sich nicht gescheut haben, gegen die Haltung ihrer Gewerkschaftsleitungen die Demonstration im April zu organisieren und auch nicht der Meinung waren und deswegen resigniert hätten, daß die Demonstration so klein war, werden wir Demonstrationen, kleine Streiks oder Lahmlegung von Teilen der Produktion in den Betrieben durchführen müssen, wo wir ein Stück Einfluß haben. Wir können den Arbeitern nur dadurch helfen und sie Sache verschnellern, daß wir die

[20] Wie das Handelsblatt am 25.3.2010 mitteilte, haben die Großbanken im Jahr 2009 gerade mal 125 Millionen Euro an Steuern gezahlt. Das ist weniger als das Hundesteueraufkommen.

Aufklärungsarbeit insbesondere auch in Aktionsform in viel größerem Maße wieder vor den Betriebstore verlagern als zur Stunde. Denn die Aufklärung muß mit der Tat gekoppelt werden, daß Widerstand zwingend notwendig und erforderlich ist. Papier reicht zur Stunde alleine nicht aus.

Zum Kampf der Arbeiterklassen und der Völker

Die Kämpfe, der Widerstand einzelner Arbeiterklassen oder von Teilen der Arbeiterklassen in Europa, die selbstverständlich ein viel größeres Maß angenommen haben wie noch in der BRD, kämpfen gegen das gleiche wie das, wogegen wir zu kämpfen haben. Ob in Portugal, ob in Spanien, ob in Frankreich oder insbesondere auch in Griechenland – die jahrzehntelange Desorganisierung des Sozialdemokratismus und insbesondere des modernen Revisionismus der Arbeiterbewegung in diesen Ländern, ihre Sabotage in den jetzigen Kämpfen, die entweder in offener Haltung der Bourgeoisie sich ausdrücken oder indem sie den real stattfindenden Widerstand durch ihre Teilnahme und ihre kleinen Ziele hemmen, ist noch lange nicht in den europäischen Ländern und in der Arbeiterbewegung überwunden. Die griechische Arbeiterklasse ist da noch am besten dran. Seit mehreren Jahrzehnten besitzt sie eine revolutionäre Einheitsfrontgewerkschaft, und die rechte Sozialdemokratie mußte sich zurückziehen auf den staatlichen Sektor. Die griechische Arbeiterklasse besitzt eine kommunistische Partei, die Anfang der 90er Jahre ihre eigene Geschichte des modernen Revisionismus untersuchte und zum Teil abgelegt hat. Und zu einer Organisation wurde, die unter der heutigen Lage eine wesentliche Kraft in Griechenland darstellt, den Kampf zu führen. Nichts dergleichen oder Entsprechendes können wir schon finden in Portugal, Spanien oder Frankreich. Entweder hat der Klassenverrat der letzten Jahrzehnte durch den Sozialdemokratismus und noch mehr durch den modernen Revisionismus für die portugiesischen oder spanischen Arbeiter eine Lage hinterlassen, die sie zwingt, durch einzelbetriebliche Streiks ihre Klasse wieder zu formieren. Oder, wie in Frankreich, wo der moderne Revisionismus der schlimmste Gegner der Arbeiterklasse immer noch ist. Die Zersetzung der KPF, die weitgehende Zerstörung der kommunistisch geführten CGT erzwingt in der französischen, sehr kämpferischen Arbeiterklasse, daß ihre Kämpfe dezentral, zersplittert, wenn auch mit großer Entschiedenheit geführt werden. Die Weltwirtschaftskrise und das Ausmaß, wie der Kapitalismus die Gesellschaft zerstört, kann aber nicht durch einzelne Fabrikbesetzungen, durch einzelne Massendemonstrationen in Paris oder Marseille ausgeglichen werden. Die Aufgabe also, ob in Frankreich, Griechenland, Portugal, Spanien oder in der BRD oder der annektierten DDR, ist es also, den Sozialdemokratismus in seiner rechten Form oder in seiner Form des modernen Revisionismus Stück für Stück zurückzudrängen, wozu die Zeiten wie heute nicht ungeeignet sind. Denn die Frage steht heute vor der Arbeiterklasse nicht: Will ich kämpfen? Sondern: Ich muß – und wie? Das Vertrauen der Masse des Proletariats in den Kapitalismus ist mehr als schwindend. Sein Unmut, daß die Monopolbourgeoisie und vor allem die Banken samt ihrer Regierung die Weltwirtschaftskrise auf das Volk abwälzen und das Volk sie bezahlen soll, ist zunehmend und für die revolutionäre Opposition wie insbesondere uns Kommunisten zu nutzen. Ein kleines Beispiel: Mehrheitlich sind die Arbeiter in den Betrieben gegen das Finanzdiktat, das der deutsche Imperialismus und andere Monopolbourgeoisien in der EU gezimmert haben. Sie spüren, daß dies ein Paket ist, das der deutschen Bourgeoisie den Wucherzins in die Tresore schaffen soll. Daß dieser Wucherzins nicht ihre Lage verbessert, sondern verschlechtert. Dieser Unmut ist ein guter Ansatz unserer Agitation, um den vom Sozialdemokratismus und vom gesamten Bürgertum eingeflößten Nationalismus in der Klasse (z.B. in der Form, das griechische Volk hätte über seine Verhältnisse gelebt) außer Kraft zu setzen. Denn es ist der Nationalismus, der den Unmut gegen die Finanzpakete oder –diktate des Finanzkapitals zu einem Unmut macht, der niemals zum Kampf führen wird außer auf der

Seite der Bourgeoisie. Wir müssen also den Nationalismus, der den Unmut nicht zum Kampfe führen wird, zerstören. Und nicht nur Teile der revolutionären Opposition durch Erklärungen oder durch die Jugend, sondern wir werden den Kampf führen müssen in den VKs, dieses Finanzdiktat zur Ausplünderung anderer Völker schärfstens zu verurteilen, und den eigenen Kampf gegen solche Maßnahmen einfordern müssen. Dann wird der Unmut gestärkt zu dem, was er werden muß – zum handelnden Subjekt und zum Widerstand.
Die klassenbewußtesten Kollegen müssen wir dazu bewegen, daß sie dazu beitragen, daß Teile unserer Klasse sich auf die Seite der kämpfenden Teile der Arbeiterklassen in Europa stellen und insbesondere zu Griechenland. Die Aufforderung der kämpfenden griechischen Arbeiterklasse, der PAME und der KKE: „Völker Europas – erhebt euch!“ ist nicht nur unsere, sondern sie wird es erst dann in Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse, wenn es heißt: „Arbeiter, erhebt euch gegen euren eigenen Hauptfeind und stellt euch auf die Seite des kämpfenden Proletariats in Griechenland, Portugal, Spanien, Frankreich etc.
In Griechenland haben die Demonstration der Kommunistischen Partei am 15. März die Stärke der Partei gezeigt (im ganzen Land nahmen an diesen Demonstrationen 70.000 teil), aber auch, daß die Partei eine wenn auch starke und entschlossene, aber doch eine Minderheit in der Klasse repräsentiert, deren Hauptgegner die Sozialdemokratie und ihr Einfluß in den Gewerkschaften (mit Ausnahme von PAME) ist. Ohne Sturz der Regierung werden die vom Finanzkapital Griechenland aufgezwungenen Maßnahmen durchgesetzt werden, mit ein- oder zweitägigen Streiks ist dagegen nichts auszurichten. Das Hauptmittel zum Sturz der Regierung aber, der unbefristete Generalstreik bis zum Übergang zum bewaffneten Kampf, bis die Regierung gestürzt ist, ist aber derzeit offenkundig nicht zu erreichen. Auch erscheint uns eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie in der aktuellen Situation allenfalls bis hin zur mittleren Ebene sozialdemokratischer Funktionäre, nicht aber mit der PASOK-Führung möglich. Zum dritten fehlen derzeit die Organe einer Volksfront, die ohne solche Organe (Volksfrontkomitees in jeder Fabrik, in jeder Gemeinde, in jedem Stadtteil, wie sie zeitweise erfolgreich die französische Volksfront Mitte der 30er Jahre hergestellt hat) nicht herstellbar und nicht in den Kampf zu führen ist. Und der Arbeiterklasse fehlen wiederum ihre eigenen Machtorgane (jedenfalls spricht die KP Griechenlands in ihren Stellungnahmen und Verlautbarungen nicht davon), die für einen Angriff auf die bürgerliche Herrschaft bzw. für einen Übergang zum bewaffneten Kampf dringend notwendig sind, und die auch die kämpferischste Gewerkschaft nicht ersetzen kann. Eine Gewerkschaft nämlich kann nicht die Stelle von Machtorganen wie Räten einnehmen.[21]
Die Arbeiter und das Volk in Griechenland stehen angesichts der Ruinierung des Landes durch das Finanzkapital der imperialistischen Großmächte und die Schwäche der nationalen Bourgeoisie in Griechenland vor der großen Gefahr der Ersetzung der Diktatur der Bourgeoisie in der Form der bürgerlichen parlamentarischen Republik durch eine offene Gewaltherrschaft in der Form etwa der Militärdiktatur. Das muß man dem Volk offen sagen, davor muß man es warnen. Die griechischen Arbeiter sind kämpferisch und erfahren genug, sie sind nicht staatstreu wie die deutschen Arbeiter es immer noch sind, so daß die Erkenntnis einer solchen Möglichkeit für die bürgerliche Herrschaft dem Kampf Rückgrat und größere Entschlossenheit verleihen würde, das Volk auf den Straßen und die Arbeiter im Streik halten würde.

[21] Diese Erfahrung kann man sehr gut studieren an den Lehren aus den Kämpfen der italienischen Arbeiterklasse, insbesondere den Arbeiterkämpfen in Turin Anfang der 1920er Jahre, wo die Kommunisten gegen die Anarchosyndikalisten teils sehr erfolgreich für Betriebsausschüsse (Räte) der kämpfenden Arbeiter gestritten haben. Siehe auch: „Thesen zur Strategie und Taktik“, verabschiedet von der III. Delegiertenkonferenz des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, 1980, insbesondere S. 108ff.